



# In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

*Denise Lindsay*

## Auf einen Blick

- Die Frage einer „wehrhaften Demokratie“ und ihres Umgangs mit rechten und nationalistischen Parteien bleibt weiter in der Diskussion. Dabei wird auch die Frage aufgeworfen, inwieweit dem demokratischen Staat gegenüber feindlich eingestellte Parteien von seinen Zuwendungen profitieren sollten und wann die Toleranz ende. Befürchtungen, westliche Werte könnten fragmentieren und das Vertrauen der Bürger in den demokratischen Staat weiter sinken, werden laut. Die liberale Demokratie muss daher wieder handlungsfähiger werden, sonst verfallen immer mehr Menschen der Illusion, autoritäre Parteien seien viel besser in der Lage, bestehende Probleme zu lösen.
  - Der Aufbau einer eigenständigen europäischen Sicherheitsarchitektur schreitet nur langsam voran. Die EU wirkt in den politischen Beziehungen zu den USA schwach. 80 Jahre nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki ist klar, dass die atomare Abschreckung keineswegs an Bedeutung verloren hat. Die sich wandelnde Weltordnung, Trumps Bruch mit der bisherigen US-Außenpolitik sowie der sich abzeichnende Konflikt mit der aufstrebenden Weltmacht China, ebenso wie der andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, stellen Europa vor große Herausforderungen.

## Inhaltsverzeichnis

|  |    |
|--|----|
| In der Debatte: Demokratie und Populismus.....                 | 2  |
| In der Debatte: Krieg und Frieden – Sicherheit in Europa ..... | 7  |
| Rezensionen .....  | 12 |
| Impressum.....   | 17 |

## In der Debatte: Demokratie und Populismus

Der Einzug von rechtskonservativen und nationalistischen Parteien in die europäischen Parlamente habe für große Verunsicherung bei den Parteien der Mitte gesorgt und eine Debatte darüber beginnen lassen, wie man darauf reagieren solle, beschreibt *Andreas Ernst* die aktuelle Lage in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>1</sup>. Dabei sei festzuhalten, dass diese Diskussion über diesen Umgang oft zu dogmatisch geführt werde und zwischen Ausschluss durch eine „Brandmauer“ und Einbindung zur „Zähmung“ pendle. Doch das seien mit Blick auf Europa keine grundsätzlichen, sondern taktische Fragen, die je nach Land und Kontext unterschiedlich beantwortet werden müssten. Die eigentliche Herausforderung liege jedoch darin, dass die demokratische Mitte überzeugendere Antworten auf reale Probleme finden müsse, etwa bei Migration, Infrastruktur, Wohnungsnot oder Parallelgesellschaften. Diese Themen dürfe man keinesfalls den Populisten überlassen. Ein weiteres Problem sei die „Justizialisierung“ politischer Entscheidungen, besonders in der Migrationspolitik, denn wenn Gerichte statt Parlamenten entscheiden würden, entstünde ein Legitimationsdefizit, das Populisten ausnutzen könnten. Deshalb sollten zentrale politische Weichenstellungen demokratisch getroffen werden. Man müsse auch im Auge behalten, dass Populisten gezielt das Bild einer allgegenwärtigen Krise nutzen, um ihre Botschaften zu verbreiten. Bei allen bestehenden Herausforderungen bedeute es nicht, dass die liberale Demokratie machtlos sei. Liberale sollten darauf bestehen, große Probleme in „lösbarer Sachfragen“ zu zerlegen und diese mit Ausdauer und Augenmaß anzugehen. Konstruktive, inhaltlich starke Debatten seien interessanter als populistische Polemik und die Bürgerinnen und Bürger seien durchaus in der Lage, den Wert von Kompromissen zu erkennen, wenn daraus tragfähige Lösungen entstünden.

*Mattias Kumm* und *Michael Zürn* setzen sich in der FAZ<sup>2</sup> mit den Instrumenten auseinander, die einer „wehrhaften Demokratie“ zur Verfügung ständen, um verfassungsfeindlichen Positionen entgegentreten zu können. Dies erlaube auch Verbote solcher Organisationen, die aktiv versuchten, verfassungsfeindliche Ziele durch politische Macht zu verwirklichen. Das im Grundgesetz verankerte Parteiverbot bleibe dabei aber ein letztes Mittel, auch, weil es Risiken berge. Wenn eine Partei bereits großen Rückhalt in der Bevölkerung habe, könne ihr Verbot als undemokratischer Akt erscheinen, als Versuch einer Minderheit, die Mehrheit zu entmachten. Das würde nicht nur Funktionäre treffen, sondern auch Millionen Wählerinnen und Wähler, deren Stimmen entwertet würden. Selbst wenn es rechtsstaatlich korrekt sei, wäre ein solches Vorgehen politisch riskant und könne der Demokratie schaden, indem es sie autoritär erscheinen lasse. Gleichzeitig aber sei es problematisch, sich aus rechtsstaatlicher Zurückhaltung heraus nicht gegen autoritären Populismus zur Wehr zu setzen. Wer sich allein auf Meinungsfreiheit und Parteienprivilegien berufe, ohne auf die Aushöhlung demokratischer Regeln zu reagieren, unterschätze die drohende Gefahr. Die Geschichte – etwa mit Blick auf die Weimarer Republik – zeige, dass Demokratien an ihrer eigenen Toleranz zugrunde gehen könnten. Neben dem Parteiverbot biete das Grundgesetz auch die Möglichkeit, einzelne Funktionsträger vom passiven Wahlrecht auszuschließen, wenn sie ihre Grundrechte

<sup>1</sup> Andreas Ernst, Anliegen der Populisten sollten wir ernst nehmen, NZZ 10.7.2025.

<sup>2</sup> Mattias Kumm/Michael Zürn, AfD erlaubt, Höcke verboten, FAZ, 16.7.2025.

zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung missbrauchten. Auch wenn dieses Instrument in Deutschland bisher kaum Anwendung gefunden habe, gebe es internationale Beispiele, bei denen Kandidaten wegen demokratiefeindlichen Verhaltens nicht mehr kandidieren durften. Politisch biete dies die Möglichkeit einer gezielten Sanktionierung konkreter Personen, ohne die gesamte Partei verbieten zu müssen. Die Partei bleibe wählbar, das schütze die demokratische Teilhabe der Wählerschaft. Innerhalb der Partei könnten sich möglicherweise gemäßigtere Stimmen durchsetzen, da radikale Akteure ausgeschlossen würden. Eine weitere Handlungsoption im Grundgesetz sei zudem, einer verfassungsfeindlichen Partei die staatliche Finanzierung zu entziehen, ohne sie gleich zu verbieten. Das sei bereits im Fall der NPD durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt worden. Auch bei der AfD wäre ein solcher Schritt denkbar, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen würde, ein Parteiverbot wäre dann zwar ebenfalls möglich, aber nicht zwingend. Diese Maßnahme sei rechtlich gut begründbar: Ein demokratischer Staat sollte keine Parteien finanzieren, die seine Grundordnung bekämpfen. Historische Beispiele wie die NSDAP zeigten, wie gefährlich es sein könne, wenn demokratiefeindliche Kräfte von den Ressourcen der Demokratie profitieren. Politisch hätte ein Finanzierungsausschluss mehrere Vorteile. Er sei ein Signal, denn der Staat setze ein klares Zeichen gegen verfassungsfeindliches Verhalten, ohne das Wählervotum direkt zu entwerten. Damit könnten auch wieder die moderaten Kräfte innerhalb der Partei gestärkt werden: „In einer Welt, in der in (fast) allen ehemals konsolidierten Demokratien starke autoritär-populistische Parteien entstanden sind, scheint die Idee, sie wegzuvorbeiten, weltfremd. Es macht aber einen enormen Unterschied, ob es sich dabei um moderate Versionen wie in Skandinavien (oder auch Italien?) handelt oder um offen rechtsextremistische Varianten mit faschistischen Anklängen. Kluge Demokraten können das beeinflussen.“

Im Gespräch mit dem *Handelsblatt*<sup>3</sup> setzt sich *Udo Di Fabio* mit der Erosion des Völkerrechts und den Gefahren für Demokratie und Meinungsfreiheit auseinander. Er konstatiert, die Hoffnung auf eine Ära des friedlichen Miteinanders und universeller Regeln habe sich zerschlagen, die „Epoche des ewigen imperialen Machtkampfes“ sei zurückgekehrt. Das zeige sich besonders daran, dass das Völkerrecht im Gegensatz zum innerstaatlichen Recht kein Gewaltmonopol besitze, das Verstöße wirksam ahnden könnte. Völkerrechtliche Fragen blieben zwar relevant, verlören aber an politischem Gewicht. Besonders in Deutschland habe man sich „auf den Fortschritt der regelbasierten Ordnung, auf die Stärkung internationaler Organisationen so stark verlassen“, dass man glaubte, nicht mehr in die Verteidigung investieren zu müssen, was sich als Trugschluss herausgestellt habe. Europa müsse dringend mehr in die eigene Sicherheit investieren, auch um mögliche Expansionsabsichten Russlands abschrecken zu können. Besorgniserregend sei die Entwicklung in Europa auch mit Blick auf die Entwicklung der Meinungsfreiheit. Hier gebe es einen „tiefengreifenden Prozess einer politisch-kulturellen Verfeindlichung in verschiedene Lager und Gruppen, wo die einen meinen, man dürfe keine Kritik an der Migrations- oder Klimapolitik äußern, und die anderen an jeder Ecke die Wiederauferstehung des Faschismus beschwören“, einer Entwicklung, die durch Online-Medien immer mehr Auftrieb erhalte. Auch wenn Meinungswandel in offenen Gesellschaften grundsätzlich normal sei, könne es problematisch werden, würde er als „Kultur- oder Existenzkampf“ geführt werden, etwa „in quasi-religiöser Form und mit deutlichen Verlusten im Argumentationsniveau“. Zudem sei vielen Menschen die heutige mediale Kommunikationslandschaft fremd, wie sie von „medialen Eliten“ geschaffen worden sei. Ein Verbotsverfahren der AfD sei mit Skepsis zu betrachten, ein Scheitern würde die Partei als Erfolg verkaufen, aber auch ein Verbot könnte sich als bloßer „Pyrrhussieg“ erweisen, da eine noch radikalere Partei entstehen könnte. Die wirksamste Lösung liege daher in der politischen Schwächung der Partei. Erste Anzeichen deuteten darauf hin, dass dies möglich sei. Die AfD verzeichne keine Zuwächse

<sup>3</sup> Heike Anger/Moritz Koch, „Der Trumpismus hat die US-Demokratie deformiert“. Fragen an den ehemaligen Verfassungsrichter Udo Di Fabio, *Handelsblatt*, 8.7.2025.

mehr, seit die neue Bundesregierung glaubhaft vermittelt habe, die Migration wirksam zu begrenzen. Wenn der Staat auch in anderen Bereichen Handlungsfähigkeit zeige und eine klare, verständliche Sprache nutze, könne das die Zustimmung zur AfD weiter verringern. Es gehe nicht darum, das Programm der AfD zu übernehmen, sondern darum, Vertrauen in die Problemlösungskompetenz des demokratischen Staates zurückzugewinnen.

Der „demokratische Verfassungsstaat westlicher Prägung“ sei historisch betrachtet eine Ausnahmeerscheinung konstatiert *Oliver Maksan* in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>4</sup>. Dass Mehrheiten die Rechte von Minderheiten achteten, Machtwechsel friedlich verliefen und das Gesetz für alle gelte, sei keine Selbstverständlichkeit, sondern müsse ständig gegen menschliche Impulse verteidigt werden. Dies habe der Sturm auf das Kapitol in Washington im Januar 2021 allen drastisch vor Augen geführt. Damit Verfassungsstaaten bestehen könnten, bräuchten sie eine breite Zustimmung zu ihren Grundprinzipien, etwa zur Akzeptanz von Wahlergebnissen oder Gerichtsentscheidungen. Diese Zustimmung könne der freiheitliche Staat nicht erzwingen, sondern er sei dabei auf gesellschaftliche Überzeugung angewiesen: „Er lebt laut dem bekannten Diktum des deutschen Staatsrechters Ernst-Wolfgang Böckenförde vielmehr von Voraussetzungen, die er nicht garantieren kann – die er aber gerade deshalb auch nicht gefährden darf.“ Dies allerdings geschehe in zunehmendem Maße. Der Staat gebe seine neutrale Schiedsrichterfunktion immer weiter auf und positioniere sich im gesellschaftlichen Meinungskampf, beispielsweise durch die Unterstützung bestimmter Lebensentwürfe oder politischer Bewegungen. Diese Parteinahme untergrabe das Neutralitätsgebot und entfremde Bürger, die sich nicht mehr repräsentiert fühlten. Der Staat als „parteiischer Werteagent und die Einbürgerung von Menschen, die den Staat vielfach nicht aus Überzeugung mittragen können oder wollen“ bedrohten zunehmend die liberalen westlichen Staaten, in denen die Wertefragmentierung fortschreite und der gesellschaftliche Grundkonsens erodiere. Liberale Staaten sollten sich stärker an der demokratischen Nachhaltigkeit orientieren: „Zu überlegen wäre, etwa ein Einbürgerungsmoratorium für ehemalige Asylbewerber zu erlassen. Was die demokratischen Ressourcen schont, ist gut, was sie wie exzessive Identitätspolitik und laxer Einbürgerungspraxis gefährdet, nicht. Andernfalls delegitimieren sich westliche Staaten selbst.“

In der *Zeit*<sup>5</sup> betrachtet *Andreas Reckwitz* die „aktuelle Regression der Demokratie“. Seit 1945 sei es demokratischen Staaten erfolgreich gelungen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen aufzubauen, zu gestalten oder zu reformieren, beispielweise in Infrastruktur, Bildung oder bei der sozialen Sicherheit. In jüngerer Zeit jedoch zeigten sich zunehmend Steuerungsdefizite. In Deutschland etwa bei der Bahn, im Bildungssektor, im Gesundheitssystem, beim Wohnungsbau, der Migration, der Digitalisierung, der Klimapolitik und in der Verteidigung. Diese offensichtlichen Schwächen führten zu einer Vertrauenskrise der Bürger gegenüber dem Staat und bedrohten die Legitimation und Durchsetzungsfähigkeit der Demokratie. Zwei Denkschemata erschwerten die öffentliche Debatte darüber: Erstens die Vorstellung, Demokratie sei allein durch ihre freiheitlichen Prinzipien legitimiert. Zweitens werde übersehen, dass moderne Demokratien ihre Legitimation auch aus der Fähigkeit bezögen, Lebensverhältnisse zu verbessern. Wenn diese Leistung ausbleibe, gerate das demokratische System selbst in eine Krise und es komme zu einer Zunahme bei populistischen Parteien. Ein häufig gehörter Einwand in der öffentlichen Debatte laute, dass Demokratien aufgrund ihrer Komplexität keine einfachen Lösungen bieten könnten, wer das erwarte, verfalle populistischen Illusionen. Die Annahme, effektive staatliche Steuerung sei in Demokratien grundsätzlich unmöglich, könne mit Blick in die Vergangenheit widerlegt werden. Im 20. Jahrhundert erzielten demokratische Staaten bedeutende Steuerungserfolge, beispielsweise durch den New Deal in den USA, die Modernisie-

<sup>4</sup> Oliver Maksan, Staaten schaden sich mit laxer Einbürgerung selbst, NZZ, 9.7.2025.

<sup>5</sup> Andreas Reckwitz, Die Demokratie macht schlapp, Die Zeit, 10.7.2025.

rung Frankreichs, den skandinavischen Wohlfahrtsstaat oder die deutsche Bildungsexpansion. Auch marktorientierte Reformen im Rahmen des Neoliberalismus zeigten, dass staatliche Steuerung auch durch kluge Regulierung und Anreize erfolgen könne. Diese Erfolge hätten wesentlich zur Legitimität der Demokratie beigetragen. Umso drängender sei die Frage, warum solche Steuerungsleistungen seit den 2000er-Jahren immer seltener gelangen. Neben einem Mangel an politischen Visionen und Führungspersönlichkeiten spielten dabei wohl vor allem strukturelle Hemmnisse eine zentrale Rolle. Die zunehmende Fragmentierung und Polarisation der Parteienlandschaft führe häufig zu instabilen Regierungen und Blockaden im politischen Handeln. Die Digitalisierung der Öffentlichkeit erzeuge einen Modus permanenter Aufgeregtheit, der langfristige Planung verdränge. Zudem hemme die Verrechtlichung politischer Prozesse flexible Entscheidungen. Diese Entwicklungen schwächen das Fortschrittsversprechen der Demokratie. Wenn nicht einmal bescheidene Reformziele erreichbar schienen, wache die Anfälligkeit für populistische und autoritäre Alternativen. Populisten versprächen radikale Vereinfachung und Effizienz, autoritäre Systeme erschienen manchem als erfolgreicher und verlockender. Die liberale Demokratie stehe daher vor einer entscheidenden Herausforderung, sie müsse ihre Steuerungsfähigkeit revitalisieren, um ihre Legitimität zu bewahren. Dazu brauche es: Abbau übermäßiger „Verrechtlichung“, Kooperationsfähigkeit trotz politischer Pluralisierung sowie langfristige politische Strategien, die der kurzfristigen Aufmerksamkeitsspanne der digitalen Medienwelt standhielten: „Nur wenn dies gelingt, könnte die liberale Demokratie an ihre Erfolgsgeschichte anknüpfen. Wenn man daran scheitert, ist zu befürchten, dass dieses System langfristig immer weiter an Legitimation einbüßt und die populistischen und autoritären Tendenzen in Europa und Nordamerika sich dauerhaft durchsetzen werden.“

Francis Fukuyama macht sich im Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>6</sup> Gedanken darüber, wie eine künftige Weltordnung aussehen könnte und geht der Frage nach, warum die liberale Demokratie immer weiter unter Druck gerate. Seiner Ansicht nach fehle liberalen Gesellschaften eine einheitliche, identitätsstiftende Grundlage wie Religion, Ethnie oder Nationalität, was in pluralistischen Gesellschaften auch kaum möglich sei. So habe der Versuch, wie etwa in Indien unter Premierminister Modi, nationale Identität religiös zu begründen, große Teile der Bevölkerung ausgeschlossen. Stattdessen beruhe der Zusammenhalt liberaler Gesellschaften auf einer aktiven Zivilgesellschaft, in der sich Menschen freiwillig auf Basis gemeinsamer Interessen oder Überzeugungen organisierten, ohne diese anderen aufzuzwingen. Toleranz gegenüber unterschiedlichen Vorstellungen vom „guten Leben“ sei dabei zentral. Nur so könne eine liberale Ordnung in einer vielfältigen Welt Bestand haben. Fehlentwicklungen, wie etwa der Neoliberalismus auf der rechten Seite oder die Identitätspolitik von links hätten zu einer Schwächung der westlichen Demokratien geführt. Ebenso hätten die Eliten durch die zunehmende Technologisierung die Deutungshoheit über den öffentlichen Diskurs verloren. Wirtschaftliche Unsicherheiten durch eine gescheiterte Globalisierung und die daraus resultierende soziale Unsicherheit hätten zum Aufstieg populistischer Bewegungen beigetragen. Wichtig bleibe, dass die Menschen sich immer bewusst seien, dass sie um die liberale Gesellschaft kämpfen müssten, wie dies momentan in der Ukraine der Fall sei.

Von allen Brüchen, die Amerika und andere westliche Nationen heute trennen würden, seien nur wenige so tiefgreifend wie die zwischen Liberalismus und Nationalismus, denn die Begriffe bedeuteten für jeden etwas anderes, merkt Samuel Gregg bei *Law&Liberty*<sup>7</sup> an und wirft dabei einen Blick in die Geschichte. Die Zweiteilung zwischen Liberalismus und Nationalismus bleibe ein nützliches Analyseinstrument, um zentrale politische Spaltungen in Bereichen wie Märkten, sozialem Zusammenhalt, internationalem Handel, Außenpolitik oder

<sup>6</sup> Thomas Müller, „Der Liberalismus ist keine Maschine, die von allein weiterläuft“. Fragen an den Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, NZZ, 11.7.2025.

<sup>7</sup> Samuel Gregg, Towards a Liberal Patriotism, *Law&Liberty*, 3.7.2025.

Staatsverständnis zu erfassen. Liberalismus betone universelle Werte wie individuelle Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und begrenzte Staatsmacht. Nationalismus hingegen lege den Fokus auf Volkssouveränität, nationale Identität (oft ethnisch oder kulturell definiert) und sei offener für staatliche Eingriffe zur Förderung nationaler Interessen. In wirtschaftlicher Hinsicht zeige sich diese Spaltung meist als Gegensatz zwischen Freihandel (liberal) und Protektionismus (nationalistisch). Trotz Überschneidungen – etwa bei der Skepsis gegenüber supranationalen Institutionen – bestünden klare Unterschiede in Prinzipien und politischen Strategien. Ein Beispiel sei der Unterschied zwischen dem Konservatismus von JD Vance und jenem amerikanischer Konservativer, die dem klassischen Liberalismus treu geblieben seien. Nationalisten sähen oft den Einfluss klassischer Liberaler seit den 1980er Jahren kritisch, während Liberale Nationalisten als Bedrohung für die Freiheit betrachteten. Dabei müsse man im Blick behalten, wie eng Liberalismus und Nationalismus historisch miteinander verflochten gewesen seien, vor allem mit Blick auf das Europa des 19. Jahrhunderts. Obwohl der heutige Liberalismus klarer definierte Prinzipien vertrete als damals, ließen sich aus der Geschichte wichtige Lehren für heutige Liberale ziehen. So sollten sich Liberale nicht von Nationalisten vereinnahmen lassen und ihre Grundprinzipien nicht für politische Allianzen opfern. Kompromisse seien notwendig, aber nicht um den Preis der eigenen Werte. Liberale müssten außerdem verhindern, dass Nationalisten allein das Terrain des Patriotismus besetzen. Sie sollten betonen, dass Patriotismus nicht mit Populismus gleichzusetzen sei und dass liberale Prinzipien – wie Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft – ebenfalls Ausdruck echter Vaterlandsliebe sein könnten. Beide Begrifflichkeiten müssten nicht im Gegensatz zueinanderstehen. Der gescheiterte Versuch vieler europäischer Liberaler im 19. Jahrhundert, Liberalismus und Patriotismus zu verbinden, führte zu ihrer politischen Marginalisierung. Diese Erfahrung sollte heutigen Liberalen als Mahnung dienen. Liberale sollten sich klar gegen die Freund-Feind-Logik und die wirtschaftlich schädlichen Ideen des zeitgenössischen Nationalismus positionieren.

Gerard Baker setzt sich in der *Times*<sup>8</sup> mit den disruptiven Elementen in der Politik des US-Präsidenten auseinander und merkt an, es sei noch zu früh, um Donald Trumps Handelskriege als Erfolg zu bewerten. Jedoch zeige sich zunehmend, dass seine Regierung einen tiefgreifenden Angriff auf lang etablierte politische und wirtschaftliche Überzeugungen führe und dies nicht nur im Handel, sondern auch in diplomatischen, sozialen und kulturellen Fragen. Dabei ignoriere sie bewusst die Ansichten der traditionellen Eliten. Diese Entwicklung habe globale Auswirkungen, denn Trumps Vorgehen werde zum Prüfstein für den Populismus, der viele westliche Regierungen und Parteien verändere. Die Bewegung speise sich aus der Wut über bislang als gültig geltende Denkweisen. Nun zeige sich, ob die Experten der letzten Jahrzehnte tatsächlich recht hätten oder ob die oft unterschätzten „einfachen Leute“ mit ihren Ansichten klüger gewesen seien, als man ihnen zugestanden habe. Trumps Markenzeichen sei immer gewesen, sich den Erwartungen der politischen Elite zu widersetzen. Seine Karriere habe sich auf dem Bruch von Konventionen gegründet. Er sei ohne politische Erfahrung angetreten, ignoriere gesellschaftliche Tabus und habe Skandale überstanden, die früher ein Ausschlusskriterium gewesen seien. Selbst nach der Wahlniederlage und dem Sturm auf das Kapitol sei er politisch wichtig geblieben. Diese habe weitreichende Folgen, denn langjährige politische und gesellschaftliche Überzeugungen würden damit infrage gestellt. Was früher als moralische Pflicht gegolten habe, werde nun auch vom politischen Mainstream zunehmend kritisch gesehen. Trumps Regelbrüche in der Außenpolitik zeigten bisher keine erkennbar negativen Folgen, was seine Position weiter stärke und die politische Landschaft nachhaltig verändere. Es sei zu früh, um zu sagen, dass Trump und die Populisten im Recht seien, aber es zeige sich, dass die traditionellen Eliten in vielen zentralen Fragen wiederholt falsch gelegen hätten. Das wecke Zweifel, ob sie bei aktuellen Herausforderungen tatsächlich die richtigen Antworten hätten. Es sei so die besorgniserregende oder herausfordernde Möglichkeit entstanden, dass

<sup>8</sup> Gerard Baker, Donald Trump is breaking every rule – and winning, The Times, 31.7.2025.

das Gegenteil dessen, was Experten und Autoritäten lange empfohlen hätten, keine schlechteren Ergebnisse nach sich ziehe, sondern vielleicht sogar bessere. Diese Unsicherheit stelle die Grundlagen unserer politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsfindung infrage.

Im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>9</sup> setzt sich *Philip Manow* kritisch mit der starken Rolle des Bundesverfassungsgerichts in Deutschland auseinander: „Das starke Verfassungsgericht ist aus der deutschen Geschichte heraus nachvollziehbar und hat ja für lange Zeit auch leidlich gut funktioniert. Wir erkennen aber gerade, dass zu den Erfolgsbedingungen dieses Modells auch ein stabiles Parteiensystem gehörte.“ Das bislang in Deutschland gängige Parteiensystem sei aber nun in Auflösung begriffen und somit sei die Balance gefährdet. Der wachsende Populismus in Europa sei zudem eine Reaktion auf die Entmachtung der Nationalstaaten durch europäische Konstitutionalisierungsprozesse, also durch die Übertragung zentraler politischer Entscheidungsbefugnisse auf die europäische Ebene, insbesondere in Form von Verträgen und europäischem Recht, das sich der demokratischen Kontrolle weitgehend entziehe. Die Euro- sowie die Migrationskrise könnten als Auslöser für zwei große Populismusschübe in Europa angesehen werden. Demokratische Institutionen verlören zunehmend an Bedeutung für die Menschen, weil es den Anschein habe, als könnten sie keine Lösung für drängende Probleme liefern. Es habe sich eine verhängnisvolle Dynamik herausgebildet: „Demokratien haben einen eingebauten Mechanismus der Krisenbearbeitung und Selbstkorrektur: Wenn es nicht gut läuft, wird neu gewählt, es gibt eine neue Regierung und eine neue Politik. Wenn man die Konflikte aber auf die konstitutionelle Ebene schiebt, dann geht dieser Steuermechanismus verloren. Das ist die Dialektik zwischen Konstitutionalisierung und Krise: Die Konstitutionalisierung ruft die Krise hervor, und darauf wird mit noch mehr Konstitutionalisierung reagiert.“

## In der Debatte: Krieg und Frieden – Sicherheit in Europa

Im Gespräch mit der *Welt am Sonntag*<sup>10</sup> fordert *Sönke Neitzel* rasch eine „drastische Personalreform“ inklusive Frühpensionierungen in der Bundeswehr zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und als Maßnahme gegen zunehmende Frustration in der Truppe. Es müsse endlich der Beweis angetreten werden, „demokratische Armeen können sich effizient modernisieren“. Die USA blieben als Schutzmacht durch ihren nuklearen Schirm unverzichtbar, ebenso Frankreich als zentraler europäischer Partner. Eine europäische Armee bleibe weiterhin unrealistisch, aber dringend notwendig wäre eine echte Integration der europäischen Rüstungsindustrie, vergleichbar mit dem Binnenmarkt oder dem Euro. Bisher allerdings fehle es an einer großen Vision, einer Strategie oder konkreten Plänen. Ein echter Integrationsschritt – etwa bei der Entwicklung eines gemeinsamen Kampfflugzeugs – müsste auf Ebene der Regierungschefs initiiert werden. Im Verteidigungsministerium selbst brauche es eine Koordination zwischen Industrie, Verwaltung und Truppe sowie geeignetes Personal. Viel zu viele kluge Ideen verliefen im Sand: „Die Strukturen sind überbürokratisiert, die Bundeswehr lernt zu langsam. Und das bedeutet: Sie würde im Ernstfall wohl erst durch hohe Verluste Lehren ziehen. Die Verantwortung, dass es nicht so weit kommt, trägt die Politik. Die Minister im Kabinett müssen sich die Frage stellen, ob sie alles tun, um nicht an Soldatengräbern stehen zu müssen.“

Mit Blick auf den 80. Jahrestag des Atombombenabwurfs über Hiroshima und Nagasaki merkt *Nikolas Busse* in der *FAZ*<sup>11</sup> an, Nuklearwaffen beherrschten erneut das politische Den-

<sup>9</sup> Andreas Ernst/Benedict Neff, „Populismus ist ein Aufstand gegen die Entmachtung des Nationalstaats“. Fragen an den Politikwissenschaftler Philip Manow, NZZ, 19.8.2025.

<sup>10</sup> Thorsten Jungholt/Jacques Schuster, Wir denken zu klein. Fragen an den Historiker Sönke Neitzel, Welt am Sonntag, 6.7.2025.

<sup>11</sup> Nikolas Busse, Im Atomzeitalter, FAZ, 11.8.2025.

ken. Seit dem ersten sowjetischen Atomtest 1949 lebte die Welt im sogenannten Gleichgewicht des Schreckens, die gegenseitige nukleare Abschreckung habe den Einsatz von Atomwaffen verhindert, da jeder Angriff einen vernichtenden Gegenschlag auslösen könnte. Somit habe diese Logik bislang einen weiteren Atomkrieg verhindert. Die begrenzte Zahl von – heute neun – Atommächten habe zur Stabilität beigetragen. Die fünf UN-Vetomächte versuchten, ihr Monopol durch Verträge und Druck zu sichern. Wo das scheiterte – etwa mit Blick auf Indien oder Pakistan – sei es zwar nicht friedlich geblieben, die Konflikte seien ab „kurz und konventionell“ verlaufen, was man als „Beleg für die Wirksamkeit der nuklearen Abschreckung“ deuten könne. Dass es überhaupt zu Auseinandersetzungen gekommen sei, zeige auch die Grenzen der Konzeption auf. In der heutigen multipolaren Welt werde das System herausgefordert, China rüste auf, die zivile Nutzung von Kernenergie schaffe neue Risiken und Russlands Krieg gegen die Ukraine zeige, wie wertvoll Atomwaffen als Schutzschild seien. Auch Deutschland habe seine Haltung überdacht und setze jetzt auf nukleare Teilhabe statt auf Abrüstung. Eine mögliche Lastenteilung zwischen den USA und der NATO könne momentan beinhalten, dass die USA die nukleare Verteidigung Europas übernehmen, der Kontinent selbst sich um die konventionellen Verteidigungslasten bemühe. Unsicherheiten blieben mit Blick auf die USA, aber man könne festhalten: „Gewiss ist nur, dass wir immer noch im Atomzeitalter leben. Deshalb wird Deutschland auf diesem Feld letztlich nichts ausschließen können.“

*Yascha Mounk* geht in *The Dispatch*<sup>12</sup> der Frage nach, warum Donald Trump und JD Vance Europa so feindlich gegenüberstünden, dass man sogar schon von „Europhobie“ sprechen könne. Schon in der ersten Amtszeit Trumps sei diese Abneigung deutlich zu spüren gewesen. Sie sei damals zurückgeführt worden auf die mangelnde Bereitschaft der europäischen Staaten für die eigenen Verteidigungskosten aufzukommen, womit für Trump der Eindruck entstanden sei, die USA würden ausgenutzt. Erschwerend sei hinzugekommen, dass Trump sich von den Staats- und Regierungschefs herablassend behandelt gefühlt habe, ein Eindruck, den ihm schon die alteingesessene New Yorker Elite vermittelt habe. Auch wenn es leichte Anzeichen gebe, dass sich das Verhältnis in der zweiten Amtszeit verbessern könne, bleibe diese irrational erscheinende Abneigung dennoch weiter bestehen und daher sei es sinnvoll, nach der tieferliegenden Ursache zu suchen. Sowohl die Vorfahren von Trump wie auch die von Vance stammten aus Europa. Beide sähen daher die europäische Zivilisation als Gründungsfundament der amerikanischen Kultur an. Sie glaubten, dass diese Lebenskultur nun durch Globalisierung, Migration und sozialliberale Eliten bedroht sei und Trump frage sich, ob der Westen überhaupt noch den Willen habe, seine Werte und Grenzen zu verteidigen. Aus Sicht des Weißen Hauses versagten europäische Eliten darin, ihr kulturelles Erbe zu schützen, und gefährdeten somit nicht nur Europa, sondern auch die Wurzeln der westlichen Zivilisation, zu der sich auch die USA zählen.

*Margaret MacMillan* betrachtet in *Foreign Affairs*<sup>13</sup> den radikalen Wandel in der US-Außenpolitik, der unter Donald Trump eingetreten sei. Es gebe wenige Beispiele in der Geschichte, in denen ein Land sich so radikal von seinen Verbündeten ab- und autokratischen Regimen zugewandt habe. Dies habe auch Auswirkungen auf die NATO, da bislang verlässliche Verbündete vor den Kopf gestoßen würden. Bestehende Allianzen würden geschwächt, ohne tragfähige Alternativen zu bieten, was die globale Stabilität gefährde und hohe Kosten verursachen könne. Die Politik der zweiten Trump-Administration erscheine schwer nachvollziehbar. Trump scheine auf das veraltete Konzept von Einflusssphären zu setzen, in dem Großmächte ihre Nachbarn dominierten und multilaterale Organisationen entmachtet würden. Dieses Modell berge erhebliche Risiken für die USA, da es zu verstärktem Wettbewerb mit anderen Machtblöcken wie China oder Russland führen könne. Das Verhalten der USA könne nur als

<sup>12</sup> Yascha Mounk, The Real Reason Donald Trump Hates Europe, *The Dispatch*, 21.7.2025.

<sup>13</sup> Margaret MacMillan, Making America Alone Again, *Foreign Affairs*, 21.7.2025.

selbstschädigend bewertet werden, gerade in einer Zeit, in der ihre globale Führungsrolle ohnehin unter Druck stehe. Allianzen erforderten kontinuierliche Pflege, Geduld und diplomatisches Geschick. Der persönliche Charakter von Staats- und Regierungschefs spielt dabei eine zentrale Rolle. Diplomatie bedeute, andere Länder und deren Führung zu verstehen und mit ihnen konstruktiv zu verhandeln. Öffentliches Tadeln von Verbündeten, wie es Vizepräsident JD Vance oder Präsident Trump regelmäßig täten, sowie respektloses Verhalten in sozialen Medien oder das vorschnelle Veröffentlichen vertraulicher Kommunikation, würden Vertrauen untergraben und die zukünftige Zusammenarbeit verkomplizieren. Trump betrachte internationale Beziehungen lieber als eine Reihe von Transaktionen, führe persönliche Treffen oder lange Telefonate jeweils nur mit einem anderen Staatschef und scheine sich mit mächtigen Autokraten deutlich wohler zu fühlen als mit demokratischen Staatsmännern. Falls nötig, werde er Freunde wie Gegner zur Unterwerfung zwingen, in der Annahme, dass sie ihren Widerstand aufgäben, wenn das Angebot gut genug sei oder Washington die besseren Karten zu haben scheine. Die USA stünden heute vor ähnlichen Herausforderungen wie einst Großbritannien als es noch sein Empire hatte. Die Rolle als führende Militärmacht sei kostspielig und belaste die Staatsfinanzen. Gleichzeitig rüsteten aufstrebende Mächte wie China massiv auf. Viele Länder würden beginnen, sich von den USA abzuwenden oder sich gegen sie zu verbünden. Sollte die US-Regierung unter Trump ihre konfrontative Haltung gegenüber ihren Verbündeten fortsetzen, drohe eine zunehmende internationale Isolation.

Im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*<sup>14</sup> blickt *Ulrich Menzel* auf die sich wandelnde Weltordnung und erläutert, warum er damit rechne, dass China in zehn Jahren den USA ihren Rang als globale Führungsmacht streitig machen werde. Man befindet sich in momentan in einer Übergangsphase: „Der alte Hegemon, der versucht, seine Position zu behaupten, und der voraussichtlich künftige neue Hegemon, der die Position übernehmen will, stehen vor unterschiedlichen Dilemmata. Das eine ist das hegemoniale, das andere ist das Dilemma des Freeriders.“ Im Gegensatz zum „kooperativ“ verlaufenen Machtwechsel zwischen Großbritannien und den USA im 20. Jahrhundert sei Chinas Aufstieg eher schrittweise und nicht kooperativ verlaufen. Dies führe zu Handelskonflikten und Stellvertreterkriegen, wie dem Ukraine-Krieg, der als Teil eines globalen Konflikts zwischen den USA, Russland und indirekt China gesehen werden könne. China erweise sich auch zunehmend als attraktiv für autoritäre Staaten weltweit, da es trotz begrenzter militärischer Mittel bereits in der Lage sei, auf mehreren Kontinenten Sicherheit, Infrastruktur, Kredite und andere Ressourcen bereitzustellen. Dies führe zu einer Verschiebung traditioneller Einflusszonen, beispielsweise auf den Malediven, wo China durch den Bau eines großen Flughafens den indischen Einfluss zurückgedrängt habe. Dazu kämen wachsende Gefahren für Europa, das drohe, zwischen den Supermächten zerrieben zu werden, auch weil in der EU die Zahl der europakritischen Parteien zunehme und sie selbst zu schwach und uneinig sei, um eine Großmacht darzustellen. Es bleibe letztlich nur die Hoffnung: „Wenn die Nachteile des nationalen Egoismus irgendwann so stark spürbar werden, dass es richtig wehtut – dann ist vielleicht doch eine Gegenbewegung denkbar, die zu mehr Mäßigung und neuen Formen der Zusammenarbeit führt“.

Der Ausgang des Krieges in der Ukraine könnte nicht nur die Zukunft der Ukraine, sondern die der gesamten liberalen Demokratien in Europa prägen, konstatiert *Martin Wolf* in der *Financial Times*<sup>15</sup>. Die Ukraine setze sich gegen eine Autokratie zur Wehr, deren Ziel es sei, Europa zu dominieren und der NATO zu drohen. Zudem müssten die Europäer immer bedenken, dass ihr Kontinent von ähnlich umstrittenen Grenzen durchzogen sei. Da Putins politische

<sup>14</sup> Johan Schloemann, „Anarchie der Staatenwelt“. Fragen an den Politikwissenschaftler Ulrich Menzel, SZ, 9.8.2025.

<sup>15</sup> Martin Wolf, The Ukraine war will shape the world, Financial Times, 22.7.2025. [„Wie in den 1930er Jahren könnten die jetzt getroffenen Entscheidungen die Zukunft des Kontinents und sogar der Welt für Generationen prägen. Ich bin nicht optimistisch. Doch eines bin ich sicher: Wenn das demokratische Europa jetzt nicht gemeinsam handeln kann, ist es dem Untergang geweiht.“]

fünfte Kolonne auf dem gesamten Kontinent immer näher an die Macht komme, wachse auch die Gefahr weiterer militärischer Konflikte. Die Ereignisse des Jahres 2025 hätten eine Klarheit gebracht, Putin verfolge bei Verhandlungen nur das Ziel, dort das zu gewinnen, was er auf dem Schlachtfeld nicht gewinnen konnte, dies sei vielleicht sogar Donald Trump bewusst geworden. Den Europäern sei nun auch vor Augen geführt worden, dass die USA kein verlässlicher Verbündeter mehr seien, der sich aber überreden lasse, Waffen zu verkaufen. Somit hänge die Zukunft des Kontinents weitgehend von den Europäern selbst ab: „As in the 1930s, the decisions made now could shape the future of the continent and even of the world for generations. I am not optimistic. But of one thing I am sure: if democratic Europe cannot act in concert now, it is doomed.“

Mit Blick auf das Treffen von Donald Trump und Wladimir Putin in Anchorage merkt *Anne Applebaum* im *Atlantic*<sup>16</sup> an, es sei verständlich, dass viele erleichtert seien, dass nichts Schlimmeres dabei herausgekommen sei, da die Befürchtungen im Vorfeld groß gewesen seien: „Unless there are secret protocols, perhaps some business deals, that we haven't yet learned about, Anchorage will probably not be remembered as one of history's crime scenes, a new Munich Conference, or a Molotov-Ribbentrop Pact.“ Aber hier liege die Messlatte sehr niedrig. Denn man könne dieses Treffen nicht als einen Neubeginn ansehen, sondern es sei der Höhepunkt im Prozess des Niedergangs der amerikanischen Außenpolitik. Alle funktionierenden Handlungsinstrumente seien sukzessive abgeschafft und Mitarbeiter durch Amateure ersetzt worden, so dass es kaum noch möglich sei, flexibel und angemessen auf Ereignisse zu reagieren.

*Walter Russell Mead* betrachtet im *Wall Street Journal*<sup>17</sup> die äußerst komplexen geopolitischen Beziehungen zwischen den USA und Russland. Sie seien durch historische, kulturelle und ideologische Faktoren geprägt. Auch wenn man in Europa den Eindruck gewinnen könne, dass Trump der russischen Seite zu viele Zugeständnisse mache, so entstehe auf russischer Seite ein ganz anderes Bild. So habe die Trump-Regierung aktiv in den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan eingegriffen. Durch ein Abkommen sei Russlands Blockade des zentralasiatischen Energieexports unterlaufen worden, was Putins Strategie, ehemalige sowjetische Einflussgebiete zurückzugewinnen und seine Macht im Kaukasus zu festigen, schwäche. Zudem scheine es Signale für eine vorsichtige sino-amerikanische Annäherung zu geben. Chinas Unterstützung für Russland im Ukraine-Krieg könnte taktisch motiviert sein, als Druckmittel in Handelsverhandlungen mit den USA. Ein mögliches Tauwetter zwischen Washington und Peking aber könnte Xi Jinpings Unterstützung für Russland schwächen, insbesondere wenn es Chinas Wirtschaft helfe. Es entstehe so der Eindruck, dass die USA auf die strategische Schwächung der russischen Einflusszonen abzielen. Bei dem Treffen in Washington sei es Trump zudem gelungen, seinen Einfluss auf die Europäer weiter sichtbar zu festigen: „Mr. Trump has again imposed his will on his European allies. European leader after leader effusively praised his leadership. They clearly understand that they can affect events only by persuading Mr. Trump to take their side.“

*Arthur Krön* konstatiert in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>18</sup>, die Bereitschaft innerhalb der EU zur Integration habe einen „Kulminationspunkt“ erreicht. Ohne eine klare demokratische Neu-

<sup>16</sup> Anne Applebaum, Trump Has No Cards, *The Atlantic*, 16.8.2025. [„Wenn es keine geheimen Protokolle gibt, vielleicht einige Geschäfte, von denen wir noch nichts erfahren haben, wird Anchorage wahrscheinlich nicht als einer der Tatorte der Geschichte, als eine neue Münchener Konferenz oder als Molotow-Ribbentrop-Pakt in Erinnerung bleiben.“]

<sup>17</sup> Walter Russell Mead, Trump's Stunning Foreign Policy, *The Wall Street Journal*, 18.8.2025. [„Mr. Trump hat seinen europäischen Verbündeten erneut seinen Willen aufgezwungen. Ein europäischer Staatschef nach dem anderen lobte seine Führung überschwänglich. Sie verstehen genau, dass sie die Ereignisse nur beeinflussen können, wenn sie Mr. Trump davon überzeugen, sich auf ihre Seite zu stellen.“]

<sup>18</sup> Arthur Krön, Europa überlebt nur als Demokratieprojekt, *NZZ*, 24.7.2025.

ausrichtung drohe eine Entfremdung der Bürger und ein Verlust proeuropäischer Hoffnungen, auch wenn 2025 in einer Umfrage 74 Prozent der Europäer die EU-Mitgliedschaft positiv bewertet hätten. Trotz hoher Zustimmungswerte zur EU-Mitgliedschaft bleibe diese Euphorie aber fragil. Eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung – etwa das Gefühl, in Brüssel keine Stimme zu haben –, gefährde die positive Stimmung. Rückblickend zeige sich, dass die demokratische Entwicklung der EU seit dem Verfassungsvertrag von 2005 stagniere und ein Erstarken EU-kritischer Parteien schon längst begonnen habe. Die EU müsse jetzt dringend „mehr Demokratie wagen“. Es reiche nicht aus, von den Bürgern mehr Macht für europäische Institutionen zu verlangen, ohne diese Einrichtungen demokratisch weiterzuentwickeln. Die Skepsis gegenüber einem undemokratischen Machtausbau spiegele das demokratische Bewusstsein der Bevölkerung wider: „Nur wenn das europäische Projekt endlich und in aller Ernsthaftigkeit zum Demokratieprojekt wird, können der unbeugsame Freiheitssinn der Bevölkerung und ihr stetig wachsendes Europa-Bewusstsein vereint werden.“ Sinnvolle Maßnahmen könnten etwa sein: ein Initiativrecht für EU-Abgeordnete und direkte Kontrolle der Kommission durch das Parlament; Abschaffung des Vetorechts einzelner Regierungschefs zugunsten echter Mitbestimmung; Transparenz im Rat, der bislang hinter verschlossenen Türen entscheide; innovative demokratische Instrumente wie europäische Bürgerversammlungen oder digitale Beteiligungsformate sowie eine breite Diskussion über die Zukunft Europas, die sowohl EU-kritische als auch proeuropäische Stimmen einbinde. Die Bevölkerung selbst sei der Politik voraus, sie befürworte eine EU-Armee und eine gemeinsame Außenpolitik, verlange aber zugleich eine demokratische Erneuerung. Die nächste Phase der europäischen Integration müsse „von unten“ kommen: „Es braucht ehrliche Selbstkritik und echte Transparenz. Denn nur wenn sich die Europäer in den europäischen Institutionen einflussreicher fühlen als auf nationaler Ebene, ist Europa im 21. Jahrhundert wirklich stark.“

In der *Financial Times*<sup>19</sup> setzt sich *Gilles Gressani* mit der Haltung der EU zu den USA und der darin erkennbaren politischen Schwäche – trotz der wirtschaftlichen Stärke der Gemeinschaft – auseinander. Der Binnenmarkt, einst als Machtinstrument gedacht, sei von Trump als zahnlos entlarvt worden. Die EU erscheine unfähig, ihre Interessen strategisch zu verteidigen. Das Handelsabkommen mit den USA werde nicht als souveräne Entscheidung, sondern als Zugeständnis gesehen, möglicherweise, um die US-Unterstützung für die Ukraine zu sichern. Es wirke eher wie eine Art Schutzgelderpressung als ein Abkommen unter Partnern. Dies werfe die Frage auf, ob die EU außenpolitisch zunehmend in eine reaktive Rolle gedrängt werde. Es habe den Anschein, als habe sich die EU in einen Zustand der „vassalisation heureuse“, der glücklichen Unterwerfung, begeben. Die mangelnde Reaktion auf Trumps autoritäre Tendenzen werde somit als Versäumnis gewertet, die eigenen demokratischen Prinzipien zu verteidigen, wodurch die Gemeinschaft Gefahr laufe, ihre normative Machtbasis zu verlieren, wenn sie autoritären Partnern zu viele Zugeständnisse mache. „The White House’s goal seems to be not just to influence the western order, but to reshape it entirely into a vast geopolitical space in which no genuine sovereignty can exist outside the orbit of Washington. If this radical vision is fully realised, the outcome could resemble a digital-age version of the Warsaw Pact: states would still exist, but be forced to align or submit.“ Ironischerweise habe Trump seit seiner Rückkehr ins Weiße Haus im Zuge seiner Machtausweitung immer nur das genommen, was ihm von anderen Akteuren freiwillig überlassen worden sei. Viele Länder und Institutionen zeigten kaum Widerstand und rechtfertigten ihre Passivität mit der Annahme, Widerstand sei sowieso zwecklos. Gleichzeitig existiere jedoch ein wachsender öffentlicher

<sup>19</sup> Gilles Gressani, Europe’s ‚happy vassal‘ complex, Financial Times, 11.7.2025. [„Das Ziel des Weißen Hauses scheint es nicht nur zu sein, die westliche Ordnung zu beeinflussen, sondern sie vollständig in einen riesigen geopolitischen Raum umzugestalten, in dem es außerhalb des Einflussbereichs Washingtons keine wirkliche Souveränität geben kann. Wenn diese radikale Vision vollständig verwirklicht wird, könnte das Ergebnis einer Version des Warschauer Pakts im digitalen Zeitalter ähneln: Staaten würden immer noch existieren, wären aber gezwungen, sich anzupassen oder sich zu unterwerfen.“]

Widerstand. Umfragen zeigen, dass die europäische Bevölkerung Trump zunehmend ablehnend gegenüberstehe. Dennoch gelinge es den politischen Eliten und Institutionen nicht, diese Energie zu mobilisieren. Diese Lähmung scheint Teil von Trumps Strategie zu sein, er beabsichtige, die EU an ihrer eigenen Macht zweifeln lassen. Die EU wirke dabei wie ein System, das sich mit seinem eigenen Niedergang abgefunden habe und solange der Zusammenbruch sanft verlaufe, bleibe der Generation, die den europäischen Frieden geerbt habe, die Illusion von Sicherheit erhalten, was eine existenzielle Bedrohung gleichkomme. Aber nichts sei unausweichlich: „Yes, Trump is building an imperial project – yet grand designs often collide with unexpected realities, especially when they encounter determined opposition.“

*Oliver Moody* erinnert in der *Times*<sup>20</sup> an die vor 50 Jahren unterzeichnete Schlussakte von Helsinki und mutmaßt, ohne dieses Dokument wäre der europäische Kontinent vermutlich nicht das, was er heute sei. Es habe zum Zusammenbruch des Ostblocks maßgeblich beigetragen, auch wenn direkt nach Abschluss der Eindruck aufgekommen sei, als würde es nicht viel bewirken. Nun stelle sich die Frage, ob man aus dem damals einsetzenden Entspannungsprozess nicht eine Lehre ziehen könne: „The real lesson of Helsinki is that this is a generational endeavour, a long game of rebuilding our belief in our shared principles and ensuring that when the hour of meaningful diplomacy does come – as one day it must – we will have a collective moral compass strong enough to handle Moscow.“

## Rezensionen

**Sybille Steinbacher** gelinge es in ihrem 128 Seiten umfassenden Buch **Hitler. Geschichte eines Diktators** „durch Hitlers Leben und durch die Geschichte des Nationalsozialismus“ zu führen, merkt *Isabell Trommer* in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>21</sup> an und urteilt, das Buch sei „ausgezeichnet geschrieben, mit Tempo, ohne zu dicht zu sein; kurze Sätze scheut sie nicht. [...] Vielleicht ist der schmale Band sogar die bessere Lektüre, um einen zuverlässigen Überblick über Adolf Hitler und über den Forschungsstand zur NS-Geschichte zu bekommen.“

*Rudolf Walther* urteilt in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>22</sup>, **Sebastian Peters** habe mit **Hitlers Fotograf Heinrich Hoffmann. Eine Biografie** ein Buch über den „Leib- und Parteifotograf“, der zum engsten Führungszirkel des Führers gehörte, vorgelegt, das „dank der quellengesättigten Informationsdichte“ zu einem Standardwerk werden könnte.

In der *FAZ*<sup>23</sup> stellt *Peter Rawert* den von **Christian Brückner** herausgegebenen Band **Spreche morgen Rolf. Ein jüdisches Familienschicksal zwischen Berlin und Basel 1933 bis 1945** vor, in dem der Autor das Schicksal der Familie Frank mit Hilfe der Briefe von Anita Frank, die sich im Nachlass ihrer Mutter aufgefunden hatten, rekonstruiert habe: „Brückners Arbeit, die sich regelrecht zur Schullektüre eignet, beeindruckt durch dreierlei: erstens durch die gekonnte Verklammerung persönlicher Zeugnisse des Alltags mit den sie überlagernden historischen Ereignissen. Brückner gelingt sie, ohne den besonderen Wert individueller Aussagen dadurch in den Hintergrund zu drängen.“

**Herlinde Pauer-Studer** versuche in ihrer Studie **Im Namen von „Führer“ und „Volk“.** **Das Recht im Nationalsozialismus** „aus einer rechtsphilosophischen Perspektive die Aussagen von Juristen in den Blick nehmen, die im NS-Staat wirkmächtig waren“ konstatiert *Milan*

<sup>20</sup> Oliver Moody, Remember détente? Finns want to try it again, *The Times*, 22.7.2025. [„Die wirkliche Lehre aus Helsinki ist, dass dies ein generationenübergreifendes Unterfangen ist, ein langes Spiel, um unseren Glauben an unsere gemeinsamen Prinzipien wiederherzustellen und sicherzustellen, dass wir, wenn die Stunde sinnvoller Diplomatie kommt – und das muss eines Tages der Fall sein –, einen kollektiven moralischen Kompass haben, der stark genug ist, um mit Moskau fertig zu werden.“]

<sup>21</sup> Isabell Trommer, Hitler erklären auf 128 Seiten? Ja, geht!, *SZ*, 7.7.2025.

<sup>22</sup> Rudolf Walther, Der Propagandist des „Führers“, *SZ*, 7.7.2025.

<sup>23</sup> Peter Rawert, Die Briefe der Anita Frank, *FAZ*, 2.7.2025.

Kuhli in der FAZ<sup>24</sup> und merkt an: „Viele der hier wiedergegebenen Erkenntnisse sind nicht wirklich neu, werden aber im Buch meist anschaulich geschildert. Teilweise erfahren Aspekte eine mehr oder weniger isolierte Darstellung, durch die ältere Traditions- und Kontinuitätslinien des Rechtsdenkens in den Hintergrund geraten. Dies gilt etwa für die Auseinandersetzung mit den Sicherungsmaßregeln im Strafrecht, die nicht erst im NS-Staat, sondern bereits im ausgehenden neunzehnten Jahrhundert diskutiert wurden.“

Ronald C. Rosbottom befasst sich im *Wall Street Journal*<sup>25</sup> mit dem Buch **A Calculated Restraint: What Allied Leaders Said About the Holocaust** von Richard Breitman, der versucht zu ergründen, warum sich die Alliierten so wenig öffentlich zum Antisemitismus und der wachsenden Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten geäußert haben und schätzt, Strategie und bestehende Vorurteile könnten ausschlaggebend gewesen sein.

Gerrit ter Horst stellt im *Tagesspiegel*<sup>26</sup> **Vor dem Untergang. Hitlers Jahre in der „Wolfsschanze“** von Felix Bohr vor, der darin veranschaulicht, dass das ostpreußische Führerhauptquartier, in dem Hitler über 800 Tage verbrachte, „ein Schlüssel zum Verständnis des NS-Regimes und seines Agierens“ sei.

Auch wenn die von **Jutta Braun, Nadine Freund, Christian Mentel und Gunnar Take** verfasste Studie **Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit** „Blickverengungen“ aufweise, so schließe „der fast 900 Textseiten umfassende, vom Münchener Institut für Zeitgeschichte gemeinsam mit dem Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung verantwortete Band die letzte wichtige Lücke in der Erforschung der NS-Belastung (west)deutscher Ministerien und Behörden“ urteilt Dominik Geppert in der FAZ<sup>27</sup>.

Frieder Günther gelinge es in seinem Buch **Verwaltungsstaat. Die Verwaltungskultur der deutschen Innenministerien 1919–1975** in „beeindruckender Weise“ ein Kapitel zur zeithistorischen Institutionenforschung beizutragen, urteilt Bernhard Löffler in der FAZ<sup>28</sup>: „Über die gebotene Erkenntnisfülle im Detail hinaus sind das bemerkenswerte strukturelle Einsichten zur langen Dauer der ‚Verwaltungsmaschinerie‘. Sie zeigen den Wert synthetisierend-vergleichender Institutionenforschung, die sich gleichsam in der zweiten Welle auf dem Fundament der zahlreichen Studien zu Einzelministerien vollziehen kann.“

„So versteht man mit Tändlers lesenswerter Studie nicht nur den Nachkriegskonservatismus der Bonner Republik und die rechte Kulturrevolution im Verborgenen besser, man bekommt zudem einen Schlüssel für die Gegenwart und ein Hilfsmittel gegen die Amnesie der Jetztzeit, gegen unhistorisches Erschrecken und begriffsloses Empören. Mehr kann Zeitgeschichte kaum leisten“ urteilt Jakob Hayner in der *Welt am Sonntag*<sup>29</sup> über **Armin Mohler und die intellektuelle Rechte in der Bonner Republik** von Maik Tändler.

Viola Schlenz merkt in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>30</sup> an, mit ihrem Buch **Das Sterben der Demokratie. Der Plan der Rechtspopulisten – in Europa und den USA** sei es Peter R. Neumann und Richard C. Schneider gelungen, in „analytischer Schärfe anhand von sechs Staaten“, in den rechtspopulistischen Parteien an die Macht gekommen seien oder kommen könnten, aufzuzeigen, wie dadurch die parlamentarische Demokratie von innen heraus erobern könne.

<sup>24</sup> Milan Kuhli, Anschmiegsgesetz, FAZ, 15.7.2025.

<sup>25</sup> Ronald C. Rosbottom, ‘A Calculated Restraint’ Review: Silence in the Face of Death, *Wall Street Journal*, 3.7.2025.

<sup>26</sup> Gerrit ter Horst, Hitler in der „Wolfsschanze“, *Tagesspiegel*, 18.7.2025.

<sup>27</sup> Dominik Geppert, Mehr Kanzlerdemokratie war nie, FAZ, 1.7.2025.

<sup>28</sup> Bernhard Löffler, So ein Ministerium bleibt immer konservativ, FAZ, 15.7.2025.

<sup>29</sup> Jakob Hayner, Eine andere Geschichte der Bonner Republik, *Welt am Sonntag*, 6.7.2025.

<sup>30</sup> Viola Schlenz, Kollektiver Kater der Demokratien, SZ, 18.8.2025.

In der *Süddeutschen Zeitung*<sup>31</sup> stellt *Tanjev Schultz*, vier Bücher vor, die die „Nationalistische Internationale“ in den Blick nehmen und sich auf die Spuren der wachsenden rechtsextremen Bewegungen in Europa begeben: **Wie Diktatoren stürzen und wie Demokraten siegen können von Marcel Dirsus; Zu dumm für die Demokratie? Wie wir die liberale Ordnung schützen, wenn der Wille des Volkes gefährlich wird von Mark Schieritz; Autoritäre Rebellion. Wie antimoderne Reflexe breite Schichten der Gesellschaft erfassen und sie immer weiter nach rechts rücken von Andreas Speit sowie Die globale Rechte. Geschichte, Erfolgsbedingungen, Auswirkungen von Marcel Lewandowsky.**

*Hans Monath* befasst sich im *Tagesspiegel*<sup>32</sup> mit **Merz. Auf der Suche nach der verlorenen Mitte von Mariam Lau** sowie **Letzte Chance. Der neue Kanzler und der Kampf um die Demokratie von Robin Alexander** und urteilt über die beiden Kanzlerbiografien: „Wer wissen will, wie Merz tickt und was von ihm zu erwarten ist, muss unbedingt Mariam Lau lesen. Wer neugierig darauf ist, was war und was vorher war, Robin Alexander.“

„Welche unmittelbaren Reaktionen die Veröffentlichung von ‚Humanae Vitae‘ im Umbruchjahr 1968 auslöste und welche langfristigen Wirkungen von den Inhalten der Enzyklika für das Selbstverständnis katholischer Laien in der Bundesrepublik Deutschland ausgingen“, habe **Alina Potempa** – so *René Schlott* in der FAZ<sup>33</sup> –, in ihrer „gut lesbaren und erkenntnisreichen Studie“ **Das katholische '68. Die Auswirkungen der „Pillenenzyklika“ Humanae vitae auf das Katholischsein in der Bundesrepublik** überzeugend dargestellt.

*Jakob Helsing* stellt in der *Welt am Sonntag*<sup>34</sup> die zehn Bände umfassende und nun abgeschlossene Edition **Jiddistik. Edition & Forschung** vor, die von **Efrat Gal-Ed, Roland Gruschka** und **Simon Neuberg** herausgegeben wurde und die den tragischen Untergang und die Vernichtung der Kultur des osteuropäischen Judentums deutlich mache.

In seinem „exzellent recherchiert[en]“ Buch **Die Verschwundenen von Londres 38. Über Pinochet in England und einen Nazi in Patagonien** beschreibe **Philippe Sands** in drei Handlungssträngen die Verbindung zwischen dem NS-Kriegsverbrecher Walther Rauff und dem chilenischen Diktator Augusto Pinochet sowie den Versuch, einen Prozess gegen den Diktator wegen Menschenrechtsverletzungen anzustrengen, schreibt *Hendrik Simon* in der FAZ<sup>35</sup>.

*Dominik Geppert* betrachtet bei *Geschichtsbewusst*<sup>36</sup> das Buch **Macht im Umbruch. Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts** von **Herfried Münkler** und konstatiert, „dass Herfried Münkler dazu anregt, die Echokammern der herkömmlichen Debatten zu verlassen und den Blick auf die langen geopolitischen Linien zu richten, ist sein großes Verdienst. Man wüsste hierzulande sonst kaum jemanden, der dazu wie er imstande wäre.“

In seinem Buch **Central Europe: The Death of a Civilization and the Life of an Idea** befasse sich **Luka Ivan Jukic** mit der Geschichte und der Idee von „Mitteleuropa“ und habe damit eine detaillierte Untersuchung des Teils des Kontinents, in dem sich die germanische, slawische und romanische Welt getroffen haben, vorgelegt – einer Zivilisation, die von den Nazis zerstört und durch die sowjetische Besatzungsherrschaft begraben worden sei, so *Peter Conradi* in der *Sunday Times*<sup>37</sup>.

In der *Süddeutschen Zeitung*<sup>38</sup> befasst sich *Joachim Käppner* mit **Das Karfreitagsgefecht. Deutsche Soldaten im Feuer der Taliban** von **Wolf Gregis**, in dem der Bundeswehrsoldat

<sup>31</sup> Tanjev Schultz, „Nationalistische Internationale“, Süddeutsche Zeitung, 14.7.2025.

<sup>32</sup> Hans Monath, Zwei Bücher über Friedrich Merz, Der Tagesspiegel, 9.7.2025.

<sup>33</sup> René Schlott, Als die katholischen 68er protestierten, FAZ, 8.7.2025.

<sup>34</sup> Jakob Helsing, „Jiddischland“ – die letzte Utopie, Welt am Sonntag, 6.7.2025.

<sup>35</sup> Hendrik Simon, Von Reue keine Spur, FAZ, 5.7.2025.

<sup>36</sup> Dominik Geppert, Eine neue deutsche Frage?, *Geschichtsbewusst*, 8.7.2025.

<sup>37</sup> Peter Conradi, RIP Mitteleuropa – the tragedy of a lost civilisation, The Sunday Times, 2.8.2025.

<sup>38</sup> Joachim Käppner, Deutschlands schwarzer Tag, Süddeutsche Zeitung, 21.7.2025.

„nüchtern die Fakten des ‚Karfreitagsgefechts‘ der Bundeswehr“ bei Isa Khel schildere und „eindrucksvoll Aufklärung“ leiste. Die zum Teil unverständlichen Reaktionen, die das Buch als „Landserliteratur“ bezeichneten, seien „ein Beleg mehr für die Fremdheit, mit der die deutsche Gesellschaft ihren eigenen Streitkräften“ begegnen würde.

In der *Politischen Vierteljahresschrift*<sup>39</sup> befasst sich André Kahl mit **Edmund Burke. Der Staatsmann als Philosoph** von Matthias Oppermann und merkt an, das „Buch ist weniger vom Bestreben geleitet, sich zu einem der innerhalb der Burke-Forschung kursierenden Fragen zu positionieren, vielmehr soll der spärlichen Anzahl im deutschen Sprachraum verfügbarer Einführungswerke eine weitere pointierte Abhandlung zur Seite gestellt werden. Die Überblicksdarstellung lohnt sich daher verstärkt für einen ersten Zugang [...].“

Gerrit ter Horst verweist im *Tagesspiegel*<sup>40</sup> auf die Neuauflage von **Die Verdammten dieser Erde**, dem Standardwerk von **Frantz Fanon**, hin und stellt zwei neue Biografien über den Theoretiker vor: **Arzt, Rebell, Vordenker. Die vielen Leben des Frantz Fanon** von Adam Shatz sowie **Frantz Fanon. Ein Porträt** von Alice Cherki.

Oliver Weber befasst sich in der FAZ<sup>41</sup> mit **Gebrochene Versprechen. Das Ende des Kalten Krieges und der Aufstieg des Neoliberalismus** von **Fritz Bartel**, in dessen Darstellung „die Geldströme der globalen Finanzmärkte“ das Geschehen beherrschten: „Die liberale Demokratie ging aus dem Kalten Krieg als Siegerin hervor. Allerdings nicht, weil sie imstande war, die Hoffnungen und Träume der Regierten zu erfüllen, sondern weil sie vermochte, gegen die Versprechen ökonomischer Sicherheit und sozialen Fortschritts weiter zu regieren. Gut möglich, dass sich auf diese Weise auch die Entwicklung seit dem Ende des Kalten Krieges besser verstehen lässt.“

Mit **The Man Who Would Be King: Mohammed bin Salman and the Transformation of Saudi Arabia** sei es Karen Elliott House gelungen – so Walter Russell Mead im *Wall Street Journal*<sup>42</sup> –, gekonnt und einfühlsam das Paradox zu schildern, das den saudischen Kronprinz antreibe, denn die immer weiter anwachsende saudische Gesellschaft sei sowohl sehr selbstbewusst, aber auch zutiefst verunsichert, was ihre Zukunft angehe.

In seinem Buch **Perfect Storm: Russia's Failed Economic Opening, the Hurricane of War and Sanctions, and the Uncertain Future** arbeite Thane Gustafson heraus, der heutige Wirtschaftskrieg habe seine Wurzeln in drei Jahrzehnten gescheiterter Versuche, Russland näher an den Westen heranzuführen, konstatiert Max Seddon in der *Financial Times*<sup>43</sup>, und auch die Zukunft sehe eher düster aus: „Putin's war, however, has laid new foundations that will be difficult for any successor to shake off. Power and wealth are in the hands of a venal elite in the security services. Sanctions have fuelled resentment even among an elite that once looked to the west.“

„Es ist eine illustre Stimmensammlung, die dem Sammelband **Memorial. Erinnern ist Widerstand** mit Interviews, kurzen Essays und Analysen intellektuelles Gewicht verleiht“ urteilt Marc Reichwein in der *Welt am Sonntag*<sup>44</sup> über den von Irina Scherbakowa, Filipp Dzyadko und Elena Zhemkova herausgegebenen Band.

<sup>39</sup> André Kahl, Oppermann, Matthias (2024): Edmund Burke. Der Staatsmann als Philosoph, Politische Vierteljahresschrift, 19.5.2025.

<sup>40</sup> Gerrit ter Horst, Wiederentdeckung von Frantz Fanon, Der Tagesspiegel, 8.7.2025.

<sup>41</sup> Oliver Weber, Thatcher wusste eben, wie Perestroika geht, FAZ, 11.7.2025.

<sup>42</sup> Walter Russell Mead, 'The Man Who Would Be King' Review: A Very Modern Monarch, *Wall Street Journal*, 3.7.2025.

<sup>43</sup> Max Seddon, Perfect Storm – how the west has wrestled with Moscow's oligarchs and oil barons, *Financial Times*, 4.7.2025.

<sup>44</sup> Marc Reichwein, „Memorial“ ist Pflichtlektüre für jeden Citoyen, *Welt am Sonntag*, 6.7.2025.

*Ulrich M. Schmid* urteilt in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>45</sup> mit seinem Buch **Ukraine-Studien** sei es **Andrii Portnov** gelungen, „einen konzisen Überblick über die Kulturgeschichte“ der Ukraine vorzulegen und er arbeite dabei „nicht nur kompetent die multikulturelle Vergangenheit der Ukraine auf, er zertrümmert auch einige nationalistische Mythen“.

Der von **Susann Worschec** herausgegebene „lesenswerte [...] Sammelband“ **Freiheits-schauplatz. Ein Gesellschaftsportrait der Ukraine** biete – so *Reinhard Veser* in der *FAZ*<sup>46</sup> – Einblicke in die „politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Ukraine in den fast dreieinhalb Jahrzehnten seit Erlangung der Unabhängigkeit“.

*Ralph L. DeFalco III.* betrachtet bei *Law&Liberty*<sup>47</sup> **The Fate of the Day: The War for America, Fort Ticonderoga to Charleston, 1777–1780**, den zweiten Band der Revolutionstrilogie von **Ron Atkinson**, der ein herausragendes Beispiel für eine militärgeschichtliche Darstellung sei: „Atkinson is adept at using historical narrative to offer readers balanced and often astute historical judgments that add another dimension to this work. These include savvy and well-informed assessments of the actions and abilities of the individual principals in the conflict – American and European.“

In der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>48</sup> weist *Oliver Zimmer* auf **Troubled. A Memoir of Foster Care, Family, and Social Class** des Psychologen **Rob Henderson** hin, der darin Erfahrungen mit sozialer Mobilität und sozialer Ungleichheit aus eigener Erfahrung schildere und „seine vom französischen Soziologen Bourdieu mit inspirierte Statustheorie der spätmodernen amerikanischen Elite“ ausformuliert habe.

*Wolfgang Hellmich* stellt in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>49</sup> **Die hohe Kunst der Weisheit. Kleine Philosophie der Lebensklugheit** von **Otfried Höffe** vor und merkt an: „Das Buch ist ein Kontrapunkt zum philosophischen Mainstream. Ausführlich ist von Tugenden die Rede, von Gewissen und Vorbildern, von kategorischen Imperativen. Die Lebenserfahrung und das Alter werden hochgehalten, auch der Freiherr von Knigge kommt kurz zu Wort. Nicht das Trennende, sondern das Verbindende zwischen den Menschen wird betont.“

In seinem Buch **Apokalypsen. Lektionen aus vergangenen Katastrophen** nehme **Hartmut Lehmann** „vergangene Katastropheneepochen“ in den Blick, drohe aber beim Betrachten der jüngsten Vergangenheit „selbst dem Verschwörungsdenken zu erliegen“, bilanziert *Wolfgang Schneider* im *Tagesspiegel*<sup>50</sup> und merkt an: „Aber auch wenn die Zeit drängt – die Vergangenheit lehrt, nicht in apokalyptisches Schwarz-Weiß-Denken und Sündenbockhysterie zu verfallen, sondern den Bezug zu Aufklärung, Humanität und Menschenwürde im Auge zu behalten. Und nicht das vermeintlich Richtige mit ‚autoritärem Krisenmanagement‘ durchzusetzen.“

<sup>45</sup> Ulrich M. Schmid, Was die Ukraine ausmacht, NZZ, 9.7.2025.

<sup>46</sup> Reinhard Veser, Porträt einer Gesellschaft im Krieg, FAZ, 15.7.2025.

<sup>47</sup> Ralph L. DeFalco III., Conceived in Liberty, Born in War, Law&Liberty, 8.7.2025.

<sup>48</sup> Oliver Zimmer, Lebenslügen der progressiven Oberschicht, NZZ, 16.7.2025.

<sup>49</sup> Wolfgang Hellmich, Was den Menschen glücklich macht, NZZ 16.7.2025.

<sup>50</sup> Wolfgang Schneider, Apokalypsen aus historischer Sicht, Der Tagesspiegel, 5.7.2025.

## Impressum

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)